

Boltenhagen streitet um 150 000 Euro

Kurverwaltung fordert mehr Geld von der Gemeinde. Die Volksvertreter stimmten dem Wirtschaftsplan zu.

Von Sylvia Kartheuser

Boltenhagen – Der Haushalt der Boltenhagener Kurverwaltung ist beschlossene Sache. Mit acht Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen gaben die Gemeindevertreter des Ostseebades dem Wirtschaftsplan am Donnerstag ihre Zustimmung. Vorangegangen war allerdings eine heftige Diskussion über 150 000 Euro, die die Kurverwaltung zusätzlich zu geplanten rund 300 000 Euro aus der Gemeindekasse haben will.

Kurdirektorin Claudia Hörl begründete die Erhöhung mit einem Mehrwert, den die Kurverwaltung schließlich auch für die Einwohner schaffe. Wäre Boltenhagen kein Tourismusort, gäbe es viele Einrichtungen gar nicht erst, argumentierte sie und führte als Beispiel die vielen Veranstaltungen im Kurpark und am Strand an, die von allen kos-

tenlos genutzt werden können. Zudem habe man sich für dieses Jahr viel vorgenommen, wofür sich noch keine Kosten beziffern ließen. Die Verbesserung der Strandqualität, die Sanierung der 20 Jahre alten öffentlichen Toiletten sowie der Park&Ride-Probetrieb seien drei kostenintensive Punkte.

Heinz-Dieter Schultz (SPD), seit mehr als 20 Jahren Gemeindevertreter, zeigte kein Verständnis für die Nachforderung, von der die Ge-

meindevertreter erst einen Tag vor der Sitzung Kenntnis erhalten hatten. „Eigentlich bin ich nicht damit einverstanden, dass wir einer gut funktionierenden Kurverwaltung 150 000 Euro zusätzlich zahlen“, sagte er. Als die Kurverwaltung vor Jahren regelmäßig ins Defizit geriet, hätte die Gemeinde das Minus stets aus ihrem Haushalt ausgeglichen. „Jetzt arbeitet die Kurverwaltung wirtschaftlich, auch weil wir ihr die Parkplätze samt Einnahmen

übertragen haben“, so Schultz. Da könne es nicht angehen, dass die Gemeinde noch zusätzlich zur Kasse gebeten werde.

Auch die Kurbetriebsausschussvorsitzende Beatrix Bräunig (SPD) zeigte sich vom Ansinnen der Kurverwaltung überrascht. „Bei allem Respekt vor den Aufgaben der Kurverwaltung – es kann nicht sein, dass die Gemeinde sie finanziell so stark unterstützt, dass sie mit ihrem eigenen Haushalt Probleme bekommt“, gab sie zu bedenken. Denn der Haushalt der Gemeinde ist noch nicht aufgestellt.

Claudia Hörl versicherte, dass die Kurverwaltung versuchen wolle, ohne das zusätzliche Geld auszukommen. „Für die Sanierung oder den Neubau der öffentlichen Toiletten hoffen wir, Fördergelder vom Land zu bekommen“, erklärte sie. Das Gleiche gelte für die Verbesserung der Strandsituation, speziell

vor Alt Boltenhagen. Wenn es vom Land aber keine Mittel gäbe, könnte es sein, dass die Kurverwaltung auf das Geld der Gemeinde zurückgreifen müsse, schränkte sie ein. „Aber ich hoffe natürlich, dass wir die 150 000 Euro nicht brauchen“, betonte die Kurdirektorin.

Auf Drängen des amtierenden Bürgermeisters Christian Schmieberg (CDU) und von Gemeindevertreter Michael Steigmann (Die Linke) stimmten die Gemeindevertreter über den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes der Gemeinde ab. „Wir haben eine gemeinsame Verantwortung für den Kurbetrieb“, hatte Michael Steigmann betont und um Zustimmung geworben: „Damit die Kurverwaltung möglichst schnell mit ihrer Arbeit beginnen kann, müssen wir den Wirtschaftsplan verabschieden.“ Und so geschah es, mit zwei Enthaltungen von der BfB-Fraktion.



Darum unsere Forderung.“

Claudia Hörl, Kurdirektorin

●● Die Kurverwaltung schafft einen Mehrwert, von dem auch die Boltenhagener profitieren.



geplant zur geben.“

Heinz-Dieter Schultz, Gemeindevertreter

●● Wir haben eine funktionierende Kurverwaltung. Ich bin eigentlich nicht dafür, ihr mehr Geld als

Mehrwertsteuer auf Leistungen des Bauhofes?

Boltenhagen – Die Zuordnung des Bauhofes zum Eigenbetrieb Kurverwaltung könnte für die Gemeinde Ostseebad Boltenhagen unerwartet teuer werden. Nämlich dann, wenn sie für Leistungen des Bauhofes Mehrwertsteuer zahlen muss. Für 2012 müssten in dem Fall rund 27 000 Euro nachgezahlt werden, für dieses Jahr würden bei geplanten Bauhof-Leistungen im Wert von 190 000 Euro rund 36 000 Euro fällig.

„Hieß es bei der Zuordnung des Bauhofes nicht, dass für die Gemeinde keine Mehrwertsteuer anfällt, wenn er für sie tätig wird?“, fragte Erika Werner (BfB) in der Gemeindevertretersitzung am Donnerstag. Davon sei man in der Tat ausgegangen, erwiderte Kurdirektorin Claudia Hörl. „Allerdings gibt es eine neue Rechtsprechung, in der es anders gesehen wird.“ Zur Klärung habe sich die Verwaltung ans Finanzamt Wismar gewandt. Das Ergebnis: Demnächst wird es eine Steuerprüfung in der Kurverwaltung geben. „Erst danach haben wir Klarheit, ob die Gemeinde zahlen muss oder nicht“, so die Kurdirektorin.

kar